

18.7.1917

Die Demobilisierung der Kriegsheere.

Stellungnahme der deutschen Parteien.

In der letzten Sitzung des deutschen Nationalverbandes wurde neuerlich über die Vorkehrungen für die Demobilisierung der Kriegsheere und für den Uebergang zur Friedenswirtschaft beraten. Bereits im Dezember 1916 hat der Vorstand des Nationalverbandes einen auf die genannten Fragen bezüglichen Bericht des Abgeordneten Heine in Verhandlung gezogen, in welchem die volkswirtschaftlichen, sozialen und staatsrechtlichen Richtlinien dargelegt wurden, die bei der Abrüstung der Kriegsheere und bei der Herbeiführung eines allmählichen Ueberganges zur Friedenswirtschaft zur Anwendung gelangen sollen. Die Richtlinien fanden die Zustimmung des Vorstandes und in einer Anfang Jänner abgehaltenen gemeinsamen Sitzung von Vertretern des Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei wurde die Behandlung dieser wichtigen Fragen als gemeinsame Angelegenheit beider Verbände erklärt. Es fanden sodann hierüber mehrfache Beratungen der christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses sowie auch der Wiener christlichsozialen Partei statt, bei denen auch Abg. Heine anwesend war. Oberbürgermeister von Steiner schlug als Berichterstatter mehrere Abänderungen vor, denen zugestimmt wurde. Nunmehr hat sich der Nationalverband neuerlich mit diesen Richtlinien zu beschäftigen und der Vorstand beschloß, einen fünfgliedrigen Ausschuß, bestehend aus den Abgeordneten Dent, Heine, Reschmann, Kuirsch und Steinwender, einzusetzen, welcher binnen einer Woche Bericht zu erstatten haben werde. Die Richtlinien werden als gemeinsame Denkschrift der beiden deutschen Verbände der österreichischen Regierung, dem Kriegsminister und dem Armeeoberkommando überreicht werden. Aus dem Inhalt der Denkschrift ist hervorzuheben, daß von der Regierung die Einsetzung einer besonderen Kommission mit weitgehenden Vollmachten verlangt wird, welcher die Vertrauensmänner aller in Betracht kommenden Interessentenkreise sowie der autonomen Verwaltungen beizuziehen sind. Ueber die ebenso wichtige Frage der Sachdemobilisierung wird ein besonderer Ausschuß, bestehend aus je fünf Mitgliedern des deutschen Nationalverbandes und der christlichsozialen Partei, verbannt, Beratungen pflegen und Vorschläge machen. Auch der Wiener Stadtrat wird mit einer auf die Demobilisierungsfragen bezüglichen Denkschrift an die in Betracht kommenden obersten Stellen herangetreten und die für die Reichshauptstadt sich ergebenden Verhältnisse und Bedürfnisse darlegen.